

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet

Geld für Migranten!

Seite 2

Geld für Journalisten!

Seite 4

Kein Geld für Familien!

Seite 6

Liebe Hamburger!



Mitte Juni beschloss die Innenministerkonferenz auf Initiative Hamburgs Maßnahmen für „mehr Sicherheit im Bahnverkehr“. Nun wird geprüft, wie eine einheitliche Regelung zu Waffenverboten in Zügen und an Bahnhöfen erreicht werden kann. Zudem soll es Videoaufzeichnung in Zügen sowie in Bahnhöfen geben.

Innensenator Andy Grote (SPD) sagte: „Eine regelhafte Videoüberwachung (...) ist ein wichtiger Schritt für mehr Sicherheit. Gleichzeitig führt an einem Waffenverbot in Zügen und an Bahnhöfen kein Weg vorbei.“

Was für ein gefährlicher Unsinn. Die Regierenden haben alle Grenzen und Tore in unsere Heimat geöffnet. Sie schaffen mit dem Bürgergeld immer neue Migrationsanreize. In Afrika sitzen Millionen Migranten auf gepackten Koffern. Jedes Jahr wandert eine Großstadt von Migranten nach Deutschland ein. Und den Regierenden fällt nichts Besseres ein, als mehr Videoüberwachung und Waffenverbote einzuführen. Das ist eine Bankrotterklärung!

Wann packt man das Übel endlich bei der Wurzel? Immer mehr Bürger merken, dass in unserem Land etwas schief läuft. Gerade auch gut integrierte, im Ausland geborene und hier steuerzahlende Bürger verstehen diesen Migrationswahnsinn nicht mehr. Das europäische Asylsystem ist am Ende. Wir brauchen eine Migrationswende. Jetzt!

Ihr Dirk Nockemann,
Fraktionsvorsitzender

Messerstadt Hamburg



Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) stellt die bekanntgewordenen Straftaten dar. Laut PKS 2022 wurden 1.127 Messerstraftaten in Hamburg begangen. 312 Mal wurde das Messer eingesetzt, 815 Mal wurde damit gedroht. Täglich sind das drei Messerdelikte. Der Hamburger Hauptbahnhof ist bei den Gewaltdelikten der gefährlichste Bahnhof Deutschlands. Der Steindamm und der Jungfernstieg entwickeln sich immer mehr zu Angsträumen und No-go-Areas. Trotzdem behauptet Rot-Grün, Hamburg sei sicher. Das ist Hohn und Spott für alle Opfer in Hamburg. Und die CDU in Hamburg bringt es fertig, Hamburg als Verbrechenshochburg zu betiteln, ohne die Mutter aller Probleme zu benennen: Offene Grenzen und unkontrollierte Masseneinwanderung. Kein Wunder, denn

die CDU ist mit Merkels fataler Migrationspolitik hauptverantwortlich für die explodierende Ausländerkriminalität. 2015 hat die Merkel-CDU endgültig die Büchse der Pandora geöffnet und noch immer nicht aus den Fehlern gelernt. Fast jeder zweite ermittelte Tatverdächtige ist Ausländer – 47 Prozent. Mehr als jeder zweite Gefängnisinsasse hat keinen deutschen Pass – 56 Prozent. Der Migrationshintergrund der deutschen Passinhaber wird gar nicht erfasst.

Die Sicherheit in unserer Heimat steht auf dem Spiel. Die AfD-Fraktion fordert: Deutschland und Hamburg brauchen eine umfassende Migrationswende. Die Politik muss bereit und willig sein, endlich wieder die gesetzlich gebotenen Abschiebungen vorzunehmen.

14 Millionen Euro Hotelkosten für Migranten Wolf: Senat verliert alle Hemmungen!

Laut Senatsantwort kostet die Unterbringung von 6.500 Asylbewerbern in Hotels monatlich 14,2 Millionen Euro. Das macht fast 2.200 Euro pro Person monatlich, inklusive Vollverpflegung sowie Zimmerreinigung und Internetzugang.

Ferner zeigt die Antwort auch, dass sich die Baukosten für die Harburger Unterkunft am Schwarzenberg auf rund 5,1 Millionen Euro belaufen. Bei der Frage nach den Kosten für den Kauf der Mundsburg Towers hüllt sich der Senat in Schweigen.

Die Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) sagte kürzlich, dass Hamburgs Unterkünfte zu nahezu 100 Prozent ausgelastet seien. Eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen hält Schlotzhauer dennoch „nicht für sinnvoll“. Eine rasch umzusetzende Maßnahme wäre die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten.

Sogar Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) hält eine Ausweitung der Liste für sinnvoll. Dies werde helfen, Rückführungsverfahren „zu beschleunigen und damit zu einer Entlastung für die Kommunen zu sorgen.“ Die AfD-Fraktion forderte dies bereits mehrmals in der jüngsten Vergangenheit. Mitte Mai forderte die AfD-Fraktion erneut den Senat auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, Georgien, Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Für den AfD-Fraktionsvizechef und migrationspolitischen Sprecher Dr. Alexander Wolf muss dieser Wahnsinn endlich gestoppt werden: „Der rot-grüne Senat verliert in puncto Asylkosten alle Hemmungen.“

Die Steuergelder werden fernab jeder Vernunft regelrecht verfeuert.

Es werden Abermillionen Euro allein für die Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten aufgewendet. Die Tendenz geht sogar weiter nach oben. Für die Bürger ist die Situation katastrophal, weil der rot-grüne Senat die Augen vor der Realität verschließt. Ich fordere einen Aufnahmestopp und zugleich eine Abschiebeoffensive! Wir brauchen eine sofortige Migrationswende.“

Der AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist der Meinung: „Das Asylchaos muss beendet werden. Mit Blick auf die Millionen Migranten, die in Nordafrika auf gepackten Koffern und auf ihre Überfahrt nach Europa warten, sind die Maghreb-Staaten umgehend als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Nur wenn potentielle Migranten realisieren, dass die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer sinnlos ist, wird sich die Krise entschärfen.“



Ausländerkriminalität weiterhin hoch

Nockemann: Straftäter abschieben!



Eine Senatsantwort auf eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann zeigt das drastische Ausmaß an Ausländerkriminalität in Hamburg. Im ersten Quartal 2023 erfasste die Polizei fast 12.200 nichtdeutsche Tatverdächtige, darunter halten sich 2.641 unerlaubt in Deutschland auf. Die tatverdächtigen Ausländer begingen unter anderem 17 Straftaten gegen das Leben (Mord, (versuchter) Totschlag), 183 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Vergewaltigung, Belästigung), 2.918 Rohheitsdelikte (Raub, Körperverletzung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit) sowie 1.423 Rauschgiftdelikte.

Im Gesamtjahr 2022 wurden fast 31.000 nichtdeutsche Tatverdächtige registriert, darunter halten sich 7.301 illegal in Deutschland auf. Sie begingen 21 Straftaten gegen das Leben, 678 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, 8.667 Rohheitsdelikte und 4.343 Rauschgiftdelikte.

Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen für 2022 liegt bei 47,4 Prozent, so die Polizeiliche Kriminalstatistik 2022.

Der Migrationshintergrund der Täter mit deutschem Pass wird nicht erfasst. Mehr als 10.000 Menschen mit abgelehnten Asylanträgen halten sich derzeit in Hamburg auf. Fast 3.000 von ihnen haben auch keine Duldung und sind unmittelbar ausreisepflichtig. Hamburg hat 2022 lediglich 379 ausreisepflichtige Ausländer abgeschoben.

Immer wieder kommt es in Hamburg vor, dass sich Linke mit kriminellen Ausländern solidarisieren und gegen die Polizei vorgehen. Kürzlich kam es in der berühmt-berüchtigten Hafenstraße in St. Pauli zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Als Polizeibeamte mutmaßliche Drogendealer kontrollieren wollten, flüchteten die Dealer in einen linken Szenetreffpunkt, die sogenannte Volxxküche. Anwohner solidarisierten sich, beschimpften die Polizei und versperrten den Weg. Bei dem Einsatz wurden zwei Polizisten verletzt.

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist das ein Unding:

„Im rot-grün regierten Hamburg können Drogendealer und linke Extremisten schalten und walten, wie sie wollen. Es ist unfassbar, was sich Polizeibeamte gefallen lassen müssen. Jeder Polizeieinsatz in linken Drogenvierteln ist ein Spießrutenlauf. Diese Zustände werden von Rot-Grün geduldet, und sie werden schlimmer. Glaubwürdige Rückendeckung für die Polizei gibt es einzig von der AfD – und nur die AfD steht für einen starken Rechtsstaat.“

Und zur Ausländerkriminalität sagt er: „Die Kriminalitätsbelastung durch nichtdeutsche Tatverdächtige ist überproportional hoch. Die importierte Kriminalität nimmt immer erschreckendere Ausmaße an und ist alarmierend. Dieses fahrlässige Versäumnis kann im Zweifelsfalle Menschenleben kosten. Hamburg wäre wirklich sicherer, wenn diese Kriminellen sich nicht mehr hier aufhalten würden. Ich fordere Innensenator Grote eindringlich auf, alle vollziehbar ausreisepflichtigen Personen unverzüglich abzuschieben. Abschiebungen verhindern Straftaten!“.

AfD-Anfrage: Senat bezahlt Journalisten Walczak: Interessenkonflikte vorprogrammiert

Eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Krzysztof Walczak zeigt, dass fast 120 Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) und privater Medien in den letzten fünf Jahren Honorarzahlen in Höhe von ca. 350.000 Euro aus öffentlichen Mitteln erhielten. Darunter sind auch Journalisten, die mehrmals Aufträge erhielten – teilweise mehr als zehn. Der Senat weigert sich aus Datenschutzgründen, die Klarnamen der bezahlten Journalisten zu veröffentlichen. Der Senat und die Behörden bezahlten die Journalisten unter anderem für folgende Aufträge: Recherche, Erstellen von Texten und Redemanuskripten, Fotoaufnahmen, Kamera- und Medientraining, Schreibtraining, Moderationen, Vorträge und Übersetzungen.

Auftragnehmer waren Journalisten des ÖRR wie NDR, ARD, ZDF, Deutsche Welle und Deutschlandlandradio. Darunter befinden sich aber auch Journalisten privater

Zeitung wie Hamburger Abendblatt, Zeit und Welt. Größte Zahlmeister seit 2017 waren die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen mit fast 104.000 Euro und die Behörde für Inneres und Sport mit über 83.000 Euro.

Der medienpolitische Sprecher Krzysztof Walczak sieht den üppigen Geldfluss kritisch: „Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Auch in Hamburg gibt es einen üppigen Geldfluss von der Regierung direkt in das Portemonnaie öffentlich-rechtlicher, aber auch privater Journalisten. Wie unabhängig kann aber die selbsternannte ‚Vierte Gewalt‘ sein, wenn sie von der Regierung finanziert wird? Wie soll ein Journalist den Regierenden auf die Finger klopfen, wenn er aus den Händen der Regierung Honorare erhält?“

Die AfD-Fraktion sieht Staatsferne, journalistische Unabhängigkeit und kritische Berichterstattung in Gefahr,

wenn Journalisten nebenher Regierungsaufträge erhalten und dafür bezahlt werden. Diese Vergabep Praxis könne zu Abhängigkeiten und im schlimmsten Fall sogar zu Korruption führen. Hier seien Interessenkonflikte vorprogrammiert. AfD-Medienpolitiker Walczak ergänzt: „Das Vertrauen der Bürger in die Objektivität der Berichterstattung wird dadurch untergraben. Insbesondere die Öffentlich-Rechtlichen müssen über jeden Verdacht erhaben sein. Das sind sie den Gebührenzahlern schuldig. Wir fordern vollständige Transparenz: Freier, unabhängiger Journalismus sollte sich nicht von der Regierung bezahlen lassen! Wir werden die Situation genau im Auge behalten und zeitnah geeignete Maßnahmen anregen, um die Unabhängigkeit der Medien von regierungsseitiger Einflussnahme sicherzustellen.“



**Auf der Suche
nach Alternativen
zu bestechbaren
Journalisten? Uns gibt
es auch im Internet
– und wir wachsen
kontinuierlich!**



AfD fordert: Aggressives Betteln eindämmen Schulz: Nicht länger hinnehmbar!



Im Hamburger Hauptbahnhof und dem Umfeld wie der Mönckebergstraße nimmt aggressives Betteln seit Jahren zu. Einige deutsche Kommunen haben bestimmte Formen des Bettelns per Verordnung in der Vergangenheit verboten. Jüngst hat die niederrheinische Stadt Krefeld ein Verbot des aktiven Bettelns ab dem 15. März verfügt. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat das Bettelverbot in Krefeld in einem Eilverfahren vorerst gekippt. Ein obdachloser Mann hatte gegen die Verfügung der Stadt geklagt. In ihrer Begründung schrieben die Richter, dass aus der Verfügung nicht klar würde, wann zulässiges „stilles Betteln“ und wann verbotenes „aktives Betteln“ vorliegt. Sie fanden, die Stadt hätte das klarer formulieren müssen, gerade wenn die Regel von rechtsunkundigen häufig obdachlose Menschen, verstanden werden soll. Hier in Deutschland wurde das

Bettelverbot 1974 aufgehoben, damit ist Betteln generell erlaubt. In Hamburg sind fast 70 Prozent der Obdachlosen Ausländer. Sie stammen vorwiegend aus dem osteuropäischen Raum. Die AfD-Fraktion forderte den Senat in einem Antrag auf, aggressives Betteln an belebten Hamburger Orten, wie dem Umfeld des Hauptbahnhofs und innerstädtischen Fußgängerzonen, zu untersagen. Demnach stellt aufdringliches, aggressives Betteln eine Ordnungswidrigkeit dar. Für den AfD-Sozialpolitiker Marco Schulz ist der Antrag überfällig: „Für viele Touristen, Pendler und Hamburger ist die Situation um den Hauptbahnhof und in unserer Innenstadt nicht länger hinnehmbar. Aggressive und teilweise gewerbsmäßige Bettler belästigen immer mehr Bürger und verschrecken diese in der Folge sogar schlimmstenfalls vor den zu unterstützenden Hinz&Kunzt-Verkäufern. Während passives Betteln von

der Gesellschaft zu akzeptieren ist, stellt aggressives Betteln nicht ohne Grund eine Ordnungswidrigkeit dar, die es einzudämmen gilt. Rot-Grün muss endlich reagieren.“

Auszug aus dem Hamburger AfD-Wahlprogramm 2020: Förderung von Wohnungslosen muss effektiver werden!

Für Menschen in Dauerobdachlosigkeit, die ursprünglich aus dem Hamburger Raum kommen, müssen ebenfalls geeignete Maßnahmen getroffen werden, um sie in eine auf Dauer menschenwürdige Wohnsituation in städtischem Eigentum zu bringen. Insbesondere bei jüngeren Menschen sollten neben dem menschenwürdigen Wohnraum soziale Maßnahmen getroffen werden, um sie in die Gesellschaft zu integrieren.

Vernünftige Familienpolitik nur mit der AfD

Petersen: Kinder sind Zukunft

Die Deutschen leiden unter Kinder-mangel. Die Ursachen für diese jahrzehntelange Fehlentwicklung sind vielfältig. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien, insbesondere für junge Familien, müssen besser werden. Die AfD-Fraktion forderte in einem Antrag, dass der Senat gezielte Konzepte zur Unterstützung und Förderung junger Paare in der Phase ihrer Familienplanung erarbeitet und Unternehmen bei der gezielten Planung und Umsetzung familienorientierter Konzepte unterstützt. Der Antrag wurde abgelehnt. Für die AfD-Familienpolitikerin und vierfache Mutter Olga Petersen unverständlich: „Der sogenannte demographische Wandel bedeutet nichts anderes als eine sterbende Gesellschaft. Ohne Kinder gibt es keine Zukunft für unser Land und unsere Nation.“

Wir müssen jetzt das Ruder herumreißen, bevor es zu spät ist. Hamburg muss familienfreundlicher werden, denn Kinder sind unsere Zukunft.“

Gleichzeitig hofieren Politik und Medien im Genderwahn das sogenannte „diverse Geschlecht“. Für die AfD-Politikerin Petersen Grund genug nachzufragen, wie viele denn in Hamburg registriert sind. Die Senatsantwort fällt deutlich aus. 31 diverse Personen gibt es. In ganz Hamburg leben – Stand 31.12.2022 – 1.945.532 Menschen. Damit liegt der prozentuale Anteil der Menschen mit dem Geschlechtseintrag „divers“ bei 0,0016 Prozent. 2020 waren es in Hamburg 14 und 2021 22 „Diverse“.

Für die AfD-Familienpolitikerin Olga Petersen ist das ziemlich viel Geld und Wirbel für eine Minderheit: „Es handelt sich hierbei allen voran um

eine homöopathische Minderheit, für die unverhältnismäßig viel Wirbel gemacht wird. Gendersprache, Gender-toiletten, Genderbeauftragte, Genderprofessuren – all dies für eine kaum bezifferbare Gruppe. Umso weniger ist der allumfassende Genderwahn zu begreifen. Dennoch sehen wir, dass die Gender-Propaganda immer stärker wird. Gerade von Linksgrünen wird die Minderheit massiv gefördert und der Versuch unternommen, durch Umerziehung eine neue Normalität zu schaffen. Der Kern unserer Gesellschaft ist und bleibt die Familie aus Mutter, Vater, Kind. Und nur das gilt es zu fördern – dafür steht nur die AfD!“

Der Genderwahnsinn betrifft auch in zunehmenden Maße die Frauenhäuser. Frauenhäuser sind wichtige Schutzräume für Frauen, die in Not geraten sind. Viele von ihnen haben aufgrund von Traumata oder Gewalterfahrungen ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis und fühlen sich im Beisein von „Nicht-Frauen“ unwohl. Die AfD-Fraktion forderte in einem Antrag, dass „Transfrauen“ in Frauenhäusern keinen Zutritt erhalten. Diese Personengruppe soll in Einrichtungen untergebracht werden, die speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.



Aus dem AfD-Grundsatzprogramm: Mehr Kinder statt Masseneinwanderung!

Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konflikträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.

Benin-Bronzen gehen in Besitz des Königs Wolf: Wertvolles Kulturgut weg!



Seit Jahrzehnten fordert Nigeria die „Rückgabe“ der als „Benin-Bronzen“ bekannten Skulpturen und Metalltafeln, die Ende des 19. Jahrhunderts bei einer britischen Strafexpedition nach Europa gelangt sind. In deutschen Museen sollen über 1.000 dieser Objekte liegen. Regierungsvertreter beider Länder unterzeichneten 2022 eine Absichtserklärung, dass diese Objekte an Nigeria übertragen werden. Der rot-grüne Hamburger Senat macht auch mit. Die Hamburger Museen verfügten 2022 über einen Bestand von insgesamt 179 Kunstwerken, der wirtschaftliche Gesamtwert wird auf rund 60 Millionen Euro taxiert.

Frau Baerbock, die grüne Außenministerin, sprach doch allen Ernstes davon, Deutschland stelle sich „seiner“ Kolonialgeschichte. Und die Grüne Claudia Roth drohte, das Thema Benin-Bronzen sei mit der Rückgabe nicht abgeschlossen. Hier feiert der deutsche

Schuldkomplex fröhliche Urständ. Denn das ist wirklich absurd und lässt Grundkenntnisse in Geschichte und Geographie bei den Grünen vermissen: Das Deutschland der Kolonialära, das Kaiserreich, hat sich in Nigeria nichts zu Schulden kommen lassen, und war im übrigen auch keine Kolonialmacht dort. Denn: Die Bronzen stammen nicht von deutschen Kolonialbeamten oder Abenteurern, sondern sind von Briten von Benin nach Europa gebracht worden. Die Bronzen gelangten vor allem über die rege Ankaufstätigkeit des Anthropologen Felix Ritter von Luschan im Auftrag des Berliner Völkerkundemuseums nach Deutschland. Die AfD-Fraktion forderte 2022 den Stopp der übereilten Übertragung der Eigentumsrechte an Nigeria und den Verbleib in Hamburg. Der Antrag wurde abgelehnt.

Anfang Mai wurde bekannt, dass der scheidende nigerianische Staatspräsident Mohammedu Buhari die Bronzen aus

dem historischen Königreich Benin an den Nachfolger der Könige von Benin, Oba Ewuare II. übereignet hat. Sie befinden sich nun also in Privatbesitz, und der Oba entscheidet darüber, was mit ihnen geschieht.

Für den AfD-Fraktionsvize und Kulturpolitiker Dr. Alexander Wolf war und ist die vollständige und bedingungslose Eigentumsübertragung der Benin-Bronzen an Nigeria falsch: „Vor einem solchen Fiasko haben wir eindringlich gewarnt. Nigeria hat überhaupt keine Kapazitäten, die Bronzen angemessen auszustellen.“

Der Vielvölkerstaat wird von Bürgerkriegen geschüttelt, das Auswärtige Amt rät von Reisen dorthin ab. Deutschland hat zu Lasten der Museen sowie der Steuerzahler wertvolles Kulturgut verschleudert. Habeck würde das wie folgt schönreden: Die Bronzen sind nicht weg, man sieht sie nur nicht mehr in öffentlichen Museen.“

„Haus der Bürgerschaft“: 140 Prozent mehr Miete Walczak: Eine günstigere Alternative muss her

Hamburg soll ein achtgeschossiges „Haus der Bürgerschaft“ bekommen, in dem Fraktionen und Parlamentsverwaltung erstmals über einen gemeinsamen Standort verfügen. Bisher sind sie über mehrere Standorte verstreut. Derzeit beträgt die Monatsmiete für alle von der Bürgerschaft und den Fraktionen genutzten Räume 160.000 Euro. Laut Aussage der Bürgerschaftskanzlei Ende 2022 sollten ursprünglich mit dem neuen Objekt die Mietkosten auf über 298.000 Euro monatlich steigen. Dies wäre eine Mietsteigerung von über 85 Prozent gewesen. Doch jetzt, sechs Monate später, kommt heraus, dass die monatliche Nettokaltmiete 354.600 Euro betragen wird. Zusammen mit den Mietkosten von monatlich über 30.000 Euro für die Liegen-

schaft am Adolphsplatz 6 ergibt sich so eine Mietsteigerung von rund 140 Prozent!

Hinzu kommen Nebenkosten, Rechtsanwaltskosten sowie sechs Vollzeit-Personalstellen in Millionenhöhe, um das Projekt zu betreuen. Ungeklärt ist bis dato auch, ob die Bürgerschaft aus den bestehenden Mietverträgen für die Bestandsgebäude, die zum Teil noch bis zum 30.09.2030 laufen, aussteigen kann.

Die AfD-Fraktion kritisiert das Vorhaben. Bereits im November 2022 reichte die AfD-Fraktion den Antrag „Ja zu einem „Haus der Bürgerschaft“ – Nein zu exorbitanten Mietsteigerungen von über 85 Prozent“ ein, der aber von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Krzysztof Walczak,

kritisiert den Kostenwahnsinn: „Diese Kostensteigerung sprengt jeden Rahmen. Zwar unterstützen wir die Idee, dass Fraktionen und Verwaltung unter einem Dach vereint sind. In Zeiten von Rekordinflation und sozialen Härten dürfen die Bürger aber nicht den Eindruck gewinnen, dass ihr Landesparlament sich einen überteuerten Palast leistet. Wenn die Bürger den Gürtel enger schnallen müssen, dann sollten es auch die Politiker tun. Wir fordern einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld. Die Bürger haben ein Recht auf volle Transparenz. Deshalb werden wir es in der Bürgerschaft debattieren. Wenn es bei diesen Kosten bleibt, ist der vorgelegte Vorschlag unannehmbar. Es muss eine günstigere Alternative her.“



Gewaltbereite Islamisten und Linksextremisten

Nockemann: Extremisten bekämpfen



Innensenator Andy Grote (SPD) und der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Torsten Voß haben Anfang Juni den Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt. Demnach haben Islamisten in Hamburg weiter Zulauf, das Personenpotenzial stieg von 1.650 (2021) auf 1.755 (2022). 82 Prozent aller Islamisten gelten als gewaltorientiert. Darunter befinden sich 490 Jihadisten und 225 Salafisten. Beide Richtungen propagieren aktiv die Ablehnung der Demokratie und treten für die Etablierung eines Staatswesens ein, in dem ausschließlich von Gott gegebene Gesetze gelten sollen. Jihadisten befürworten und unterstützen in einem stärkeren und radikaleren Maße die Anwendung von Gewalt. Hamburg ist eine linksextremistische Hochburg, das Personenpotenzial beträgt 1.130 Linksextremisten (2022), 75 Prozent gelten als gewaltorientiert. Laut Verfassungsschutzbericht 2022 ist „die Rote Flora der bedeutendste politische Treff- und Veranstaltungsort der autonomen Szene in Hamburg und wird auch von weiteren militanten linksextremistischen Gruppierungen genutzt.“

Die Rote Flora wurde 1989 besetzt und befindet sich seit 2014 im Besitz der SPD-nahen Lawaetz-Stiftung, die wiederum zu 100 Prozent der Hansestadt und damit dem Bürger gehört. Das Zentrum ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für Linksextremisten. Laut Verfassungsschutz fungierte die Rote Flora beim G20-Gipfel für anreisende Protestteilnehmer als Rückzugsraum, Informations- und Sammelpunkt sowie Versorgungsstation. Die Linksextremisten setzen immer mehr darauf, das Thema Klimaschutz für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Es heißt: „Klimakampf heißt Antifa“. Die sogenannten Klimaschützer von der „Letzten Generation“ treten auch in Hamburg immer radikaler auf. Im Mai gab es Razzien bei der „Letzten Generation“. Ihnen wird vorgeworfen, eine kriminelle Vereinigung gebildet, beziehungsweise unterstützt zu haben. Die Internetseite der „Letzten Generation“ wurde beschlagnahmt und abgeschaltet. Trotzdem scheint der Verfassungsschutz sie nicht auf dem Zettel zu haben. In Hamburg gibt es 380 Rechtsextremisten, davon sind 34 Prozent offiziell als gewaltori-

entiert und folglich gefährlich eingestuft. Trotzdem gilt nach Ansicht des Inlandsgeheimdienstes der Rechtsextremismus als die größte Bedrohung. Begründung: Die Szene sei zwar schwach, aber ihre Reichweite im Internet hingegen groß. Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist klar: „Zum Wohle unserer abwehrbereiten Demokratie müssen Extremisten jeglicher Couleur bekämpft werden. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Islamische und linke Extremisten sind eindeutig die größte Gefahr – was Personenpotenzial und Gewaltorientierung betrifft – für unsere Demokratie. Grotes Mantra, dass der Rechtsextremismus in unserer Stadt die größte Gefahr sei, ist mit diesen Zahlen für Hamburg wieder einmal widerlegt.“ Der AfD-Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf sieht die Entwicklung kritisch, dass der Inlandsgeheimdienst Regierungskritiker als Demokratiefeinde brandmarkt: „Der Verfassungsschutz hat nicht die Aufgabe, die Regierung zu schützen, sondern die Sicherung der demokratischen Grundordnung.“

Bundesverfassungsgericht stoppt Heizungshammer – vorerst!

Wolf/Reich: Bürger nicht aus ihrem Zuhause vertreiben!

Der Heizungshammer „Gebäudeenergie-Gesetz“ der Ampel wurde vom Bundesverfassungsgericht in einem Eilverfahren vorerst gestoppt. Grund: Die parlamentarischen Rechte der Opposition wurden massiv beschnitten. Bundestagsabgeordnete der AfD hatten sich der erfolgreichen Klage angeschlossen. Der Gesetzestext, über den der Bundestag am 7. Juli entscheiden sollte, lag den Abgeordneten nicht vor. Jetzt geht es im September weiter.

Der Inhalt ist brisant. Auch nach den Änderungen bleibt es dabei: Das Öl- und Gasheizungsverbot soll jetzt 2028 in Kraft treten. Es ist an ein weiteres bürokratisches Monster gekoppelt, die sogenannte Wärmeplanung.

Der Senat wird bis 2026 für jedes Gebäude abfragen, welche Heizung vorhanden ist und wie sich der Energieverbrauch in den letzten drei Jahren gestaltet hat. Wer jetzt schon Fernwärme erhält, ist nicht betroffen.

Alle anderen sollen nun gezwungen werden, mit Strom zu heizen. Faktisch bleibt nur noch der Einbau einer Wärmepumpe. Ein Förderprogramm fehlt. Bundesweit sind 75 Prozent aller Haushalte direkt davon betroffen - unabhängig davon, ob man Eigentümer oder Mieter ist. Die Investitionen sind umlagefähig. Es geht auch nicht mehr um Energieeffizienz. Das alleinige Ziel ist jetzt allein die CO₂-Vermeidung.

Experten gehen davon aus, dass 2,5 Billionen Euro für den Austausch von in etwa

20 Millionen Öl- und Gasheizungen fällig werden, um gerade einmal 1,4 Prozent CO₂-Einsparung bis 2030 erreichen zu können.

Die meisten werden diese Mittel nicht aufbringen können.

Der Wert vieler Bestandsimmobilien wird voraussichtlich fallen bis hin zum faktischen Zwang, die Immobilie unter Wert veräußern zu müssen. Es droht eine Welle der kalten Enteignung. Hinzu kommt eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot, weil Mieter die Mieten für die zwangssanierten Wohnungen nicht mehr zahlen können.

Das Herausreißen von funktionierenden Öl- und Gasheizungen aus rein ideologischen Gründen ist grenzenlose Ressourcenverschwendung, generiert soziale Verwerfungen und weitere Mietpreiserhöhungen.

Das Gebäudeenergiegesetz zerstört die Planungssicherheit für die Altersvorsorge. Und es konterkariert die notwendige Steigerung der Wohneigentumsquote, die in Deutschland niedriger ist als im europäischen Durchschnitt. Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Alexander Wolf führt dazu aus: „Der Sanierungszwang und die Heizungsverbote sind unzumutbar, wenn nicht sogar verfassungswidrig. Die Bürger dürfen nicht aus ihrem Zuhause vertrieben werden.“

Der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion Thomas Reich:

„Bereits im April haben wir den Senat in einem Antrag aufgefordert, sich für die Bürger und gegen das Heizungsverbotsgesetz der Ampel zu positionieren. Momentan sind 21 neue Gaskraftwerke im Bau, weitere in Planung. Die Bürger sollen ihre herkömmliche Gasheizung für teures Geld entsorgen und gleichzeitig forciert die Regierung den Bau von Gaskraftwerken, um Strom für Wärmepumpen zu erzeugen. Dieses ideologisch motivierte Prestigeprojekt der Ampel verarmt die Bürger.“



Rathaus wird zu 70 Prozent mit fossiler Energie versorgt

Das Hamburger Rathaus ist an das Fernwärmenetz angeschlossen und wird mit einem Energiemix versorgt. Eine AfD-Anfrage zeigt nun, dass der Bärenanteil aus fossilen Energiequellen stammt.

Demnach ist die Verteilung: 43 Prozent Steinkohle, 30 Prozent Abwärme, 25 Prozent Erdgas, 1,7 Prozent Heizöl und 0,3 Prozent Biogas. Der Anteil erneuerbarer Energien im Energiemix beläuft sich auf 20,2 Prozent. Die Kosten für die Wärmeversorgung betrugen 2022 über 265.000 Euro. Zur Frage, ob der Einsatz von Wärmepumpen eine Option darstellt, hüllt sich der rot-grüne Senat in Schweigen.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Dirk Nockemann findet klare Worte: „Rot-Grün hat sich Klimaneutralität auf die Fahne geschrieben – aber davon ist nichts zu sehen. Damit wird Rot-Grün seiner eigenen Klimaideologie nicht gerecht. Und während die Bürger zum Einsatz von Wärmepumpen gedrängt werden und Energie unbezahlbar wird, setzt der rot-grüne Senat weiter auf Steinkohle und Erdgas. Das ist heuchlerisch.“

Fast 2 Millionen Euro Überwachungskosten für Scholz' Privatwohnung

Die Privatwohnung des Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD) in Altona bekommt eine Rund-um-die-Uhr-Bewachung. Eine Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage zeigt, dass dies den Steuerzahler im Jahre 2023 knapp zwei Millionen Euro kosten wird. Medienberichten zufolge hält er sich in der Regel in seiner Potsdamer Wohnung auf.

Der AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann hat eine Idee: „Das ist eine Menge Geld für eine vom Steuerzahler rundumfinanzierte, aber kaum bewohnte Wohnung. Die knapp 30.000 Personalstunden pro Jahr könnte man sicherlich an anderen Brennpunkten deutlich bürgernäher und zielorientierter einsetzen. Bundeskanzler Scholz sollte sich überlegen, ob er Teilkosten dem Steuerzahler zurückerstattet oder sogar für einen guten Zweck spendet!“

Feuerwehr in Hamburg soll endlich Schule machen!

Seit Jahren klagen die Feuerwehren über Nachwuchsmangel. Die AfD-Fraktion fordert, diesem Problem in Hamburg durch die Einführung eines Wahlfachs „Feuerwehr“ an den berufsbildenden Schulen entgegenzutreten. Einige Kommunen und Länder wie Anklam in Mecklenburg-Vorpommern oder Bad Segeberg in Schleswig-Holstein haben vergleichbare Konzepte bereits erfolgreich eingeführt.

Dazu der bezirkspolitische Sprecher Marco Schulz:

„Dem sichtbaren Nachwuchsmangel der Feuerwehren kann nur durch nachhaltige Lösungen begegnet werden. Nach den bisherigen Erfahrungen aus anderen Bundesländern wird ein solches Konzept seitens der Schüler sehr positiv angenommen. Damit auch Hamburgs Feuerwehren zukünftig personell gut aufgestellt sind, fordern wir die Einführung des Wahlfachs ‚Feuerwehr‘ in unseren berufsbildenden Schulen.“

Immer auf dem Laufenden bleiben?

Der neue AfD-Fraktionsrundbrief



blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de



Corona-Bußgelder zurückzahlen Reich: Bürger entschädigen!



Mehr als drei Jahre lang haben die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen das Leben der Bevölkerung massiv beeinträchtigt. Von unsinnigen Schulschließungen, 2G- und 3G-Regeln beim Friseur und Restaurant, der einrichtungsbezogenen Impfpflicht bis hin zu Diffamierungen von Kritikern und Bürgern, die sich gegen die Corona-Impfung entschieden. Der Liste der Fehler einer völlig verfehlten Corona-Politik ist lang. Verantwortungsvolle Politik bedeutet, kritisch zurückzublicken, Fehler einzugestehen und aus ihnen zu lernen. Die AfD-Fraktion forderte in einem Antrag, einen Corona-Fonds mit 30 Millionen Euro auszustatten, um Corona-Strafen zurückzuzahlen. Unter anderem sollen damit Beratungsleistungen im Fall von individuellen Schäden, Kosten für die Behandlung psychischer Probleme und erforderliche Therapien finanziert werden.

Der AfD-Antrag wurde wie immer abgelehnt.

Eine Große Anfrage der AfD-Fraktion brachte ans Licht, dass die Stadt Hamburg von 2020 bis 2022 über 12 Millionen Euro durch Bußgelder wegen Verstößen gegen die Corona-Verordnung einnahm.

Für den AfD-Gesundheitspolitiker Thomas Reich muss das Geld an die Bürger zurückgezahlt werden: „Viele Bürger haben unter den jahrelangen Corona-Einschränkungen gelitten. Rot-Grün muss für die Fehler seiner katastrophalen Corona-Einschränkungspolitik endlich geradestehen und die betroffenen Bürger entschädigen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre eine finanzielle Entschädigung der Opfer dieser unsäglichen Politik. Wir fordern die Einrichtung eines Corona-Fonds mit 30 Millionen Euro – Corona-Bußgelder müssen zurückgezahlt werden!“.

AfD fordert Hilfen für Impfgeschädigte

Die AfD-Fraktion Hamburg forderte die Einrichtung eines Fonds in Höhe von 30 Millionen Euro, der die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen abmildert. Hiervon soll vor allem die medizinische Betreuung von Menschen mit Impfbeeinträchtigungen ermöglicht werden. Überdies forderte die AfD-Fraktion ein vereinfachtes Meldesystem zur Erfassung von Verdachtsfällen auf Impfschäden. Auch wurde der Senat dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass eine rechtliche Überprüfung durch Aufhebung der Immunität aller verantwortlichen Politiker ermöglicht wird. Der AfD-Antrag wurde erwartungsgemäß abgelehnt.



Dirk Nockemann

Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Verkehr, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/

dirk.nockemann@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,
Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der
Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Wirtschaft, Wissenschaft, Verfassung, Hafen
Digitales, Europa, Antidiskriminierung, Innovation,
Tourismus, Medien, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de



Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Energie, Gesundheit, Haushalt, Umwelt, Behinderte, Datenschutz,
Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/

www.facebook.com/thomas.reich.afd

thomas.reich@afd-hamburg.de



Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss,
Kultur- und Medienausschuss, Parl. Untersuchungsausschuss "Cum-Ex"

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,
Schule, Bauen und Stadtplanung, Kultur, Jagd, Fischerei

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Olga Petersen

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Familie-, Kinder- und Jugendausschuss,
Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung,
Eingabenausschuss

Fachsprecherin für:

Familie, Kinder, Jugend, Eingaben, Gleichstellung,
Antidiskriminierung, Medien

<https://afd-fraktion-hamburg.de/olga-petersen/>

<https://www.facebook.com/Olga.Petersen.AfD>

olga.petersen@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen,
Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Soziales, Öffentliche Unternehmen, Sport

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de

Zahlen statt Worte

**133**

Regentage zählt Hamburg durchschnittlich im Jahr, genauso viele wie in München.

Quelle: hamburg-tourismus.de

**Fast 1.270**

Einkommensmillionäre leben in der Hansestadt.

Quelle: Statistikamt Nord

**98**

Generalkonsulate gibt es in Hamburg.

Quelle: shmh.de

**1911**

wurde Hamburg zur Millionenstadt.

Quelle: shmh.de

**7.796**

Unfälle mit Personenschäden wurden 2022 auf Hamburgs Straßen verursacht.

Quelle: Statistikamt Nord

**Mindestens 15**

Fischotter leben in Hamburg.

Quelle: Umweltbehörde

**11.100.000**

(11,1 Millionen) Passagiere gab es 2022 am Hamburger Flughafen.

Quelle: NDR

**6.300**

Ausländer wurden 2022 insgesamt in Hamburg eingebürgert. Die meisten kamen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, dem Iran und Polen.

Quelle: Hamburger Senat

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl der Presseberichterstattung

- shz.de (12.06.2023): **Übergewicht bei Kindern: AfD Hamburg fordert Maßnahmenpaket**
Auch in Hamburg sind immer mehr Kinder übergewichtig. Laut Barmer sind sogar rund 4 Prozent adipös. Die familienpolitische Sprecherin der AfD, Olga Petersen, fordert den Hamburger Senat auf deswegen zum Handeln auf.
- Hamburger Abendblatt (08.06.2023): **Warum die Baukosten für das Haus der Erde explodiert sind**
Der AfD-Abgeordnete Alexander Wolf erklärte, mangelhafte Planung habe zu den Mehrkosten beim Haus der Erde geführt. „Und als Ausrede muss dann einmal mehr der Ukraine-Krieg herhalten. Grün-Rot kann es einfach nicht.“
- BILD (02.06.2023): **„Haus der Bürgerschaft“ soll 140 Prozent mehr Miete kosten!**
Die Idee: Bürgerschaftsfraktionen und Parlamentsverwaltung, bisher an verschiedenen Standorten rund ums Hamburger Rathaus verteilt, sollen unter ein Dach – im „Haus der Bürgerschaft“. Kurze Wege, womöglich schnellere Entscheidungen. Aber die Umsetzung dieser Idee kommt den Steuerzahler teuer zu stehen. Die AfD-Fraktion hat die Kosten des neuen Hauses zusammengerechnet.
- NDR (23.05.2023): **Hamburg nimmt weniger Steuern ein als bislang geplant**
Der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thomas Reich, sagte: „Hamburg bekommt jetzt mit voller Wucht die teilweise hausgemachten Probleme zu spüren.“
- shz.de (11.05.2023): **Udo Lindenberg's Stinkefinger: AfD schaltet Justizsenatorin Anna Gallina ein**
Beleidigung oder freie Meinungsäußerung? Der besondere Fingerzeig des Kultusmusikers im Rathaus erhitze weiterhin die Gemüter und ist nun auf höchster politischer Ebene in Hamburg angekommen.
- Süddeutsche Zeitung (04.05.2023): **CDU und AfD kritisieren Zustände an Hamburger Billstraße**
Knapp einen Monat nach dem Großbrand an der Hamburger Billstraße sind die Brandursache und das Ausmaß des Schadens weiter unklar. Das geht aus Antworten des Senats auf kleine Anfragen der Bürgerschaftsfraktionen von CDU und AfD hervor. Den Angaben zufolge hatte es vor dem Ereignis am 9. April bereits 28 Mal seit 2019 an der Straße gebrannt. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann forderte, Recht und Ordnung wieder herzustellen: „Rechtsfreie Räume darf es in unserer Stadt nicht geben.“
- Junge Freiheit (02.05.2023): **In ganz Hamburg gibt es 31 Diverse**
Im gesamten Stadtgebiet Hamburgs leben insgesamt 31 Menschen, die ihr Geschlecht als „divers“ identifizieren. Insgesamt gibt es in der Hansestadt fast zwei Millionen Menschen, demnach liegt der prozentuale Anteil bei 0,0016 Prozent, wie die Antwort des Senats auf eine Anfrage der Hamburger AfD-Fraktion ergab. Es gebe „viel Geld und Wirbel“ angesichts einer derartig geringen Prozentzahl, kommentierte die AfD-Sprecherin Olga Petersen. Es handele sich um „eine homöopathische Minderheit“ für die „unverhältnismäßig“ viel Aufsehens gemacht werde.
- NDR (26.04.2023): **Hamburgische Bürgerschaft debattiert über Patriotismus**
Die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft haben am Mittwoch über Patriotismus diskutiert. Das Thema hatte die AfD auf die Tagesordnung gesetzt. Hintergrund der Debatte war eine Rede von Parlamentspräsidentin Carola Veit (SPD) zur Machtergreifung der Nationalsozialisten vor 90 Jahren in der vorletzten Sitzung. Die AfD sah sich darin angegriffen und hatte Veit „Patriotenbeschimpfung“ vorgeworfen. „Hören Sie endlich auf, aufrechte Patrioten als Nazis zu verunglimpfen“, forderte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann am Mittwoch von Veit. In ihrer Rede zur Machtergreifung „böseartig falsch gezogene Parallelen zur AfD“ hätten „so gar nichts mehr mit einer neutralen Präsidentin zu tun“.
- Hamburger Morgenpost (13.04.2023): **AfD will, dass Hamburg „Vorreiter im Kampf gegen Insekten in Lebensmitteln“ wird**
Hamburg solle „Vorreiter im Kampf gegen Insekten in Lebensmitteln werden“, forderte der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Krzysztof Walczak. Die Einführung eines Hamburger Qualitätssiegels „Insektenfrei“ hätte bundesweite Signalwirkung. „Darüber hinaus fordern wir eine klare Warnhinweispflicht, damit Verbraucher vor Insekten in Lebensmitteln gewarnt werden.“
- NDR (04.04.2023): **Union will neuen Cum-Ex-Ausschuss: Geteiltes Echo in Hamburg**
Die Unionsfraktion will zu den umstrittenen Cum-Ex-Geschäften der Hamburger Warburg Bank einen weiteren Untersuchungsausschuss im Bundestag einrichten. Das sorgte am Dienstag in Hamburg für ein geteiltes Echo. Auch die AfD begrüße „das Vorhaben für einen Untersuchungsausschuss Cum-Ex auf Bundesebene ausdrücklich“, sagte Alexander Wolf.
- NDR (23.03.2023): **Aktivist*innen von der Zufahrt zur Köhlbrandbrücke gefräst**
Klimaaktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ haben am Donnerstagmorgen die Hamburger Köhlbrandbrücke blockiert. Mehrere von ihnen klebten sich auf der Fahrbahn fest. Die Politik zeigte sich verärgert. Die Hamburger AfD sagte am Donnerstag, SPD und Grüne ließen sich „auf der Nase herumtanzen“. „Wer immer wieder Verkehrsadern lahmlegt, der gehört hinter schwedische Gardinen und nicht ins Hamburger Rathaus“, sagte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann.
- Radio Hamburg (02.02.2023): **Hamburgische Bürgerschaft diskutiert über Genderverbot an Schulen**
Die AfD möchte in Hamburg ein Verbot der Gendersprache an Schulen durchsetzen. Am Mittwoch (01.02) hatte die Hamburgische Bürgerschaft über das Anliegen diskutiert. Bei einer anschließenden Abstimmung stimmten alle Parteien gegen den Antrag. Ein Antrag der AfD für ein Verbot der Gendersprache an Hamburgs Schulen hat am Mittwoch (01.02) in der Bürgerschaft zu einer heftigen Kontroverse geführt. Neben der AfD sprach sich auch die CDU dafür aus, eine geschlechterneutrale Sprache an den Schulen zu untersagen. Sternchen und Unterstriche hätten „in der deutschen Sprache nichts zu suchen“, sagte die Bildungsexpertin der Fraktion, Birgit Stöver. Gendersprache dürfe nicht angeordnet werden. „Menschen sollten das amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung korrekt anwenden dürfen.“ Bei der anschließenden Abstimmung stimmte allerdings auch die CDU gegen den AfD-Antrag. Die AfD wolle verhindern, dass Kinder an den Schulen von „links-grün-ideologischen Umerziehern“ durch Gendersprache indoktriniert werden, sagte Fraktionsvize Alexander Wolf.

Wie gut kennen Sie Ihre Hansestadt? Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz!

Jetzt mitmachen und zwei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Überraschungsgast hier in Hamburg gewinnen!

Welche Stadt ist Partnerstadt unserer Hansestadt?

• Wien • Brüssel • Sankt Petersburg

Wer war erster Bürgermeister von Hamburg?

• Helmut Schmidt • Ole von Beust • Olivia Jones

Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der

15. November 2023.

Unter den richtigen Einsendern entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!



Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

Redaktionsschluss: 1. August 2023

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren Newsletter:

afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831-2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

info@afd-fraktion.hamburg.de

afd-fraktion-hamburg.de

facebook.com/afd.fraktion.hamburg

twitter.com/AfD_Fraktion_HH

youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

